

969 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 25. 2. 2002

Regierungsvorlage

Erklärung Europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger

ERKLÄRUNG EUROPÄISCHER REGIERUNGEN ÜBER DIE PRODUKTIONSPHASE DER ARIANE-TRÄGER

Die Regierungen des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, Irlands, der Italienischen Republik, des Königreichs der Niederlande, des Königreichs Norwegen, der Republik Österreich, des Königreichs Schweden, der Schweizerischen Eidgenossenschaft, des Königreichs Spanien, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,

Vertragsparteien der Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger, die am 14. Januar 1980 zum Beitritt aufgelegt wurde, am 14. April 1980 in Kraft trat und am 21. Mai 1992 erneuert wurde und deren Geltungsdauer am 10. Mai 1999 bis Ende 2001 verlängert worden ist,

und die Regierungen der Republik Finnland und der Portugiesischen Republik,

im Folgenden als „Teilnehmer“ bezeichnet, die Mitgliedstaaten der Europäischen Weltraumorganisation sind, im Folgenden als „Organisation“ bezeichnet –

GESTÜTZT auf die am 21. September 1973 unterzeichnete Vereinbarung zwischen bestimmten europäischen Regierungen und der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation über die Durchführung des Raumfahrzeugträger-Programms Ariane, im Folgenden als „Ariane-Vereinbarung“ bezeichnet, insbesondere auf die Artikel 1, III Absatz 1 und V, die für die Produktionsphase des Ariane-Programms eine neue Vereinbarung vorsehen;

GESTÜTZT auf das am 30. Mai 1975 zur Unterzeichnung aufgelegte und am 30. Oktober 1980 in Kraft getretene Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation, im Folgenden als „ESA-Übereinkommen“ bezeichnet;

IN DER ERWÄGUNG, dass der Rat der Organisation sich in der EntschlieÙung ESA/C/XXXIII/Res. 3 vom 26. Juli 1979 damit einverstanden erklärt hat, die Produktion einer Industriestruktur zu übertragen, und dass der Rat sich in den EntschlieÙungen ESA/C/XXXIX/Res. 8 vom 24. Januar 1980, ESA/C/XCII/Res. 1 (Final) vom 17. Oktober 1990 und ESA/C/CXLIII/Res. 1 (Final) vom 20. Oktober 1999 damit einverstanden erklärt hat, dass die Organisation nach Artikel V Absatz 2 des ESA-Übereinkommens die in Kapitel II der obengenannten Erklärung über die Produktionsphase der Ariane-Träger einschließlich ihrer Erneuerungen vorgesehene Aufgabe übernimmt;

IN DER ERWÄGUNG, dass der Träger Ariane ein wichtiger Bestandteil der europäischen Raumfahrtspolitik ist;

GESTÜTZT auf die Erklärung ESA/C/XLII/Dec. 1 (Final) vom 26. Juni 1980 über ein Ariane-Weiterentwicklungsprogramm (Ariane-2/3);

GESTÜTZT auf die am 10. Dezember 1981 erstellte und am 15. Juni 1984 geänderte Erklärung ESA/PB-ARIANE/XLIV/Dec. 1 (Final), rev. über ein Programm für die Entwicklung einer verbesserten Version des Trägers Ariane (Ariane-4);

GESTÜTZT auf die Erklärung ESA/PB-ARIANE/LXXXV/Dec. 1 (Final), rev. 5 vom 4. Dezember 1987 über das Entwicklungsprogramm Ariane-5;

GESTÜTZT auf die vom Rat der Organisation angenommenen Entschlüsse ESA/C/LXXXIII/Res. 1 (Final), ESA/C/XCIX/Res. 1 (Final) und ESA/C/CXL/Res. 1 (Final) über die Preise der Ariane-Starts;

GESTÜTZT auf die vom Rat der Organisation am 24. Juni 1993 angenommene und am 28. September 1995 sowie am 19. Oktober 2000 ergänzte Entschlüsselung ESA/C/CIX/Res.2 (Final), rev. 2 (Final) über die Finanzierung des CSG im Zeitraum 1993–2001;

GESTÜTZT auf das am 1. Januar 1993 in Kraft getretene Abkommen zwischen der französischen Regierung und der Organisation über das Raumfahrtzentrum Guayana (CSG) (1993–2000);

GESTÜTZT auf die vom Rat der Organisation am 28. September 1995 angenommene und am 16. Dezember 1997 sowie am 10. Mai 1999 geänderte Entschlüsselung ESA/C/CXXI/Res. 2, rev. 3 (Final) über das Entgelt für die Benutzung des CSG;

IN DER ERWÄGUNG, dass die Arianespace-Gruppe gegenwärtig aus den französischen Gesellschaften Arianespace Participation S.A. mit eingetragenem Sitz in Evry (Essonne, Frankreich) und Arianespace S.A. (im Folgenden als „Arianespace“ bezeichnet) mit eingetragenem Sitz in Evry (Essonne, Frankreich) besteht und dass sich die Aktien dieser Gesellschaften im Besitz europäischer Einrichtungen einschließlich der an der Fertigung der Ariane-Träger mitwirkenden Firmen befinden –

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

I. VERPFLICHTUNGEN DER TEILNEHMER

- I.1 Die Teilnehmer beschließen, Arianespace die Durchführung der in den Artikeln I und V der Ariane-Vereinbarung vorgesehenen Produktionsphase des Trägers Ariane zu übertragen.
- I.2 Die Teilnehmer kommen überein, dass diese Produktionsphase dazu bestimmt ist, den weltweiten Bedarf an Starts zu befriedigen, vorbehaltlich
 - a) dessen, dass sie zu friedlichen Zwecken in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen des ESA-Übereinkommens und dem am 10. Oktober 1967 in Kraft getretenen Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (im Folgenden als „Weltraumvertrag“ bezeichnet) durchgeführt wird;
 - b) der Bestimmungen des Absatzes III.7.
- I.3 Die Teilnehmer kommen überein, Arianespace die Fertigung, die Vermarktung und den Start des Trägers Ariane auf der Grundlage der aus den Entwicklungsprogrammen der Organisation stammenden Fertigungsunterlagen zu übertragen.
- I.4
 - a) Die Teilnehmer erklären, dass die Verwendung des Trägers Ariane für die Tätigkeiten der Organisation in Übereinstimmung mit Artikel VIII Absatz 1 des ESA-Übereinkommens erfolgt.
 - b) Die Teilnehmer kommen überein, bei der Aufstellung und Durchführung ihrer nationalen Programme den Träger Ariane zu berücksichtigen und seiner Verwendung den Vorrang zu geben, sofern dies im Vergleich zu anderen jeweils verfügbaren Trägerraketen oder Raumtransportsystemen nicht einen unvermeidbaren Nachteil hinsichtlich Kosten, Zuverlässigkeit und Missionstauglichkeit darstellt.
 - c) Die Teilnehmer bemühen sich, die Verwendung des Trägers Ariane im Rahmen der internationalen Programme, an denen sie teilnehmen, zu unterstützen, und stimmen sich zu diesem Zweck ab.
- I.5 Bei Verkäufen an Nichtmitgliedstaaten oder Kunden, die nicht der Hoheitsgewalt eines Mitgliedstaates der Organisation unterstehen,
 - a) kommen die Teilnehmer überein, einen Ausschuss (im Folgenden als „Verkaufskontrollausschuss“ bezeichnet) einzusetzen, der prüft, ob ein geplanter Verkauf eines Starts mit Absatz I.2.a unvereinbar ist.

Der Verkaufskontrollausschuss besteht aus je einem Vertreter der Teilnehmerregierungen. Die Mitglieder des Verkaufskontrollausschusses werden vom Generaldirektor der Organisation

über die von Arianespace geplanten Verkäufe von Starts an Nichtmitgliedstaaten und ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Kunden unterrichtet.

Der Verkaufskontrollausschuss wird wie folgt einberufen: Ein Drittel der Mitglieder kann eine Sitzung mit der Begründung beantragen, dass die Verwendung eines Trägers mit Absatz I.2.a unvereinbar wäre.

Dieser Antrag muss spätestens vier Wochen nach Unterrichtung der Mitglieder des Verkaufskontrollausschusses von dem geplanten Vertrag gestellt werden. Der Verkaufskontrollausschuss muss daraufhin binnen zwei Wochen einberufen werden. Er kann binnen vier Wochen mit Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder beschließen, den geplanten Startverkauf wegen Nichteinhaltung der Bestimmungen des Absatzes I.2.a zu verbieten.

Dieser Beschluss ist für Arianespace verbindlich. Die französische Regierung verpflichtet sich in Wahrnehmung der Befugnisse, die Frankreich nach dem Weltraumvertrag innehat, die notwendigen Maßnahmen für die ordnungsgemäße Durchführung der vom Verkaufskontrollausschuss gefassten Verbotsbeschlüsse zu treffen.

- b) Jeder Teilnehmer kann unbeschadet der ihm aus dieser Erklärung erwachsenden Verpflichtungen erklären, dass er sich aus Gründen, die nur ihn betreffen, einem bestimmten Start nicht anschließt.
- c) Ist ein Teilnehmer der Ansicht, dass der Verkauf eines Starts nicht mit seinem Beitritt zu dieser Erklärung vereinbar ist, so muss er nach möglicherweise von ihm für notwendig erachteten Konsultationen den Generaldirektor der Organisation davon unterrichten.

Wird der Verkauf nach der Unterrichtung von Arianespace durch den Generaldirektor getätigt, so kann der Teilnehmer sofort seinen Beitritt zu dieser Erklärung für den betreffenden Verkauf aussetzen; er muss jedoch die Organisation und die anderen Teilnehmer binnen einem Monat förmlich davon in Kenntnis setzen und seine für die anderen Verkäufe eingegangenen Verpflichtungen einhalten. Der Teilnehmer stellt seine für die Produktion des Trägers verwendeten industriellen Einrichtungen weiterhin zur Verfügung und widersetzt sich nicht ihrer Benutzung.

Ist der Teilnehmer nicht damit einverstanden, dass seine Industrie Geräte und Untersysteme für den betreffenden Start liefert, so ist er verpflichtet, soweit es in seiner Macht liegt, die Übertragung der Fertigung der entsprechenden Lieferungen auf Firmen anderer Teilnehmer zu erleichtern; er darf sich auf keinen Fall der Fertigung dieser Lieferungen durch Firmen anderer Teilnehmer widersetzen.

- I.6 Die Teilnehmer verpflichten sich, Arianespace, soweit dies für die Produktion oder den Start von Ariane erforderlich ist, Folgendes zur Verfügung zu stellen:
 - unentgeltlich die im Rahmen der Entwicklungsprogramme des Trägers Ariane erworbenen Anlagen, Geräte und Betriebsmittel, an denen die Organisation die Eigentumsrechte für die Teilnehmer dieser Programme ausübt;
 - zu finanziellen Bedingungen, die auf die Erstattung der dadurch entstehenden Kosten beschränkt sind, die Anlagen, die Teilnehmern gehören und für die Ariane-Entwicklungsprogramme verwendet worden sind mit Ausnahme des Raumfahrtzentrums Guayana (CSG), für das die in Absatz I.8 genannten Sonderbestimmungen gelten;
 - unentgeltlich die ihnen gehörenden Rechte an geistigem Eigentum, die sich aus den Entwicklungsprogrammen des Trägers Ariane herleiten; Arianespace hat unentgeltlich Zugang zu den sich aus diesen Programmen ergebenden und im Besitz der Teilnehmer befindlichen technischen Informationen.
- I.7 Die Teilnehmer bemühen sich nach besten Kräften, Arianespace die erforderliche Unterstützung in Bezug auf industrielle Qualitätskontrolle und Preisprüfung zu leisten.
- I.8 Die Teilnehmer verpflichten sich ihrerseits, sich nach zwischen ihnen vereinbarten Regelungen an der Finanzierung des Raumfahrtzentrums Guayana (CSG) zu beteiligen.
- I.9 Werden bei einem Ausfuhrverkauf besondere Garantie- und Finanzierungsregelungen für zweckmäßig erachtet, so konsultieren die Teilnehmer einander, um zu prüfen, wie einem solchen Antrag auf der Grundlage einer ausgewogenen, der Beteiligung an der Produktion entsprechenden Verteilung des Risikos und der Kosten entsprochen werden kann.
- I.10 Die Teilnehmer kommen überein, einander über geeignete Maßnahmen zu konsultieren, wenn technische oder finanzielle Schwierigkeiten auftreten, welche die Zukunft von Arianespace oder der Ariane-Produktion in Frage stellen.

4

969 der Beilagen

II. DER ORGANISATION ÜBERTRAGENER AUFTRAG

- II.1 Unbeschadet der dem Ariane-Programmrat nach Absatz II.9 übertragenen Aufgaben fordern die Teilnehmer die Organisation auf, in ihrem Namen und Auftrag dafür zu sorgen, dass die Bestimmungen dieser Erklärung eingehalten und angewandt und dass ihre Rechte gewahrt werden.
- II.2 Die Teilnehmer ersuchen den Rat der Organisation, dem der Organisation mit dieser Erklärung übertragenen Auftrag zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, dass die Organisation die mit der Ariane-Produktionsphase verbundene Betriebstätigkeit nach Artikel V Absatz 2 des ESA-Übereinkommens ausführt.
- Zu diesem Zweck fordern sie die Organisation und Arianespace auf, eine Vereinbarung zur Durchführung dieser Erklärung und zur Regelung ihrer Beziehungen zu schließen.
- II.3 Die Teilnehmer stellen fest, dass die Organisation als die für die Entwicklung des Trägers und seiner Bestandteile verantwortliche Stelle dem Centre national d'études spatiales (CNES) die Rolle der Entwurfsbehörde übertragen hat. Die Teilnehmer kommen daher überein, dass das CNES im Auftrag der Organisation förmlich an den Verfahren betreffend Änderungen beteiligt wird und in Bezug auf Entwurfsänderungen seine Zustimmung in Absprache mit der Organisation erteilt.
- II.4 Die Teilnehmer fordern die Organisation auf, Arianespace, soweit dies für die Produktion oder den Start von Ariane erforderlich ist, Folgendes zur Verfügung zu stellen:
- unentgeltlich die aus den Ariane-Entwicklungsprogrammen stammenden Fertigungsunterlagen des Trägers als Grundlage für die Durchführung der Produktion der operationellen Träger;
 - unentgeltlich die im Rahmen der Ariane-Entwicklungsprogramme erworbenen Anlagen, Geräte und Betriebsmittel, deren Eigentümerin die Organisation ist. Diese Sachen können im Einvernehmen mit Arianespace auch deren Zulieferfirmen zur Verfügung gestellt werden;
 - unentgeltlich ihre Rechte an geistigem Eigentum, die sich aus den Ariane-Entwicklungsprogrammen herleiten; Arianespace hat unentgeltlich Zugang zu den sich aus diesen Programmen ergebenden und in Besitz der Organisation befindlichen technischen Informationen.
- Erweisen sich die der Organisation gehörenden und Arianespace zur Verfügung gestellten Sachen als für andere Programme der Organisation nützlich, so können sie von dieser im Einvernehmen mit Arianespace und nach den für jedes Programm festzulegenden Regelungen verwendet werden; Arianespace behält jedoch bei der Benutzung der betreffenden Sachen den Vorrang.
- II.5 Die Teilnehmer fordern die Organisation auf,
- a) Arianespace bei der Förderung der Ausfuhr des Trägers Ariane und vor allem bei Kontakten mit internationalen Organisationen zu unterstützen;
 - b) sich nach besten Kräften zu bemühen, Arianespace die erforderliche Unterstützung in Bezug auf industrielle Qualitätskontrolle und Preisprüfung zu leisten.
- II.6 Die Teilnehmer fordern die Organisation auf, einen aktiven Dialog mit Arianespace aufrechtzuhalten, um sich zu vergewissern, dass die Ziele der im Rahmen der Organisation unternommenen Trägerentwicklungsprogramme die vorhersehbare Entwicklung des Marktes für Startdienste widerspiegeln.
- Die Teilnehmer fordern die Organisation auf, mit Arianespace besondere Zusatzvereinbarungen zu der in Absatz II.2 genannten Vereinbarung über die technischen, vertraglichen und finanziellen Regelungen zu schließen, die für jedes in dieser Erklärung genannte Trägerentwicklungsprogramm gelten.
- II.7 Die Teilnehmer fordern den Rat der Organisation auf, den Generaldirektor zu ermächtigen, so bald wie möglich mit Arianespace eine Erneuerung der am 24. September 1992 unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Organisation und Arianespace auszuhandeln und sie dem Rat der Organisation zur Genehmigung vorzulegen.
- II.8 Die Teilnehmer fordern den Rat der Organisation auf, den Generaldirektor der Organisation zu ermächtigen, die Aufgaben des Verwahrers dieser Erklärung sowie die in Absatz IV.2 beschriebenen Aufgaben wahrzunehmen.
- II.9 Die Teilnehmer fordern den Rat der Organisation auf, sich damit einverstanden zu erklären, dass dem durch Artikel IV der Ariane-Vereinbarung eingesetzten Ariane-Programmrat für die Zwecke dieser Erklärung folgende Aufgaben übertragen werden:
- a) Er prüft und empfiehlt den Teilnehmern die in Absatz I.8 genannten Regelungen für die Finanzierung des Raumfahrtzentrums Guayana (CSG);

- b) er erhält regelmäßig Berichte über den Weltmarkt für Startdienste, damit er seinen Auftrag in voller Sachkenntnis ausüben und gegebenenfalls Stellungnahmen abgeben kann;
- c) er prüft regelmäßig die geographische Verteilung der mit der Produktion in Zusammenhang stehenden Industriearbeiten unter den Teilnehmern und wird bei Einwänden eines Teilnehmers gegen von Arianespace nach Absatz III.3 vorgenommene Änderungen dieser Verteilung konsultiert, damit er eine Empfehlung abgeben kann. Es obliegt dem betreffenden Teilnehmer, den Ariane-Programmrat mit der Angelegenheit zu befassen;
- d) er nimmt einen ausführlichen Jahresbericht des Präsidenten von Arianespace über die Tätigkeiten der Gesellschaft entgegen und prüft ihn. Er kann bei dieser Gelegenheit jede Empfehlung an Arianespace richten, die er für die Erreichung der Ziele dieser Erklärung für zweckmäßig hält. Er kann Arianespace auffordern, ihm ergänzende Berichte vorzulegen, die Arianespace, gegebenenfalls vorbehaltlich ihres streng vertraulichen Charakters, vorlegt;
- e) er wird vom Generaldirektor der Organisation oder von dessen Vertreter in jeder Sitzung über die Tätigkeiten von Arianespace auf dem Laufenden gehalten; dazu gehört gegebenenfalls auch die Entwicklung der Struktur und der Aktienbeteiligungen der Arianespace-Gruppe;
- f) er erhält einen Jahresbericht des Vorsitzenden des Verkaufskontrollausschusses.

Nur die Teilnehmer dieser Erklärung sind zur Abstimmung über Fragen betreffend ihre Durchführung berechtigt. Entsprechende im Ariane-Programmrat verabschiedete Beschlüsse oder Empfehlungen bedürfen der einfachen Mehrheit der Teilnehmer.

Die vorstehend genannten Berichte und Informationen können vertraulich sein; die Teilnehmer und die Organisation verpflichten sich, sie entsprechend zu behandeln.

Zu diesem Zweck kann der Ariane-Programmrat zu Sitzungen im engeren Kreis zusammentreten, in denen nur die Teilnehmer dieser Erklärung vertreten sind.

- II.10 Die Vertreter der Teilnehmer können sich anlässlich von Tagungen des Rates der Organisation über Fragen der Durchführung dieser Erklärung abstimmen.

III. VON ARIANESPACE ZU ÜBERNEHMENDE VERPFLICHTUNGEN

Die Teilnehmer ersuchen Arianespace, als Gegenleistung für die von ihnen mit dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen die nachstehenden Verpflichtungen zu übernehmen, die in der in Absatz II.2 vorgesehenen Vereinbarung zwischen der Organisation und Arianespace festgelegt werden.

- III.1 Die Arianespace übertragene Tätigkeit muss zu friedlichen Zwecken in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen des ESA-Übereinkommens und dem Weltraumvertrag durchgeführt werden. Arianespace hat sich nach den Beschlüssen des nach Absatz I.5 eingesetzten Verkaufskontrollausschusses zu richten.

- III.2 Arianespace erklärt sich damit einverstanden, dass ihre Hauptaufgabe in der Fertigung, der Vermarktung und dem Start des Trägers Ariane besteht. Die anderen von Arianespace durchgeführten Tätigkeiten müssen diese Hauptaufgabe unterstützen und dürfen mit dem Träger Ariane nicht im Wettbewerb stehen.

- III.3 Arianespace beachtet die Verteilung der Industriearbeiten, die sich aus allen von der Organisation in Angriff genommenen Entwicklungsprogrammen des Trägers Ariane ergibt.

Ist Arianespace der Auffassung, dass diese Verteilung nicht beibehalten werden kann, weil die industriellen Angebote in Bezug auf Preise, Lieferfristen oder Qualität unzumutbar sind, so nimmt sie eine Ausschreibung vor.

Bevor Arianespace derartige Maßnahmen ergreift, teilt sie dem betreffenden Teilnehmer und dem Generaldirektor der Organisation ihre Absicht mit und begründet sie, damit innerhalb einer angemessenen Frist gemeinsam eine Lösung gefunden werden kann. Die Organisation ist an dem Verfahren zur Änderung der Verteilung der Industriearbeiten, die sich aus allen von der Organisation in Angriff genommenen Entwicklungsprogrammen des Trägers Ariane ergeben hat, zu beteiligen. Die Einzelheiten des Verfahrens werden in der Vereinbarung festgelegt, die nach Absatz II.2 zwischen der Organisation und Arianespace geschlossen wird.

Der vorherige Auftragnehmer kann das beste finanzielle Angebot übernehmen und hat Vorrang gegenüber allen in Bezug auf Preise, Lieferfristen und Qualität gleichwertigen industriellen Angeboten.

- III.4 Arianespace übernimmt die technische und finanzielle Verantwortung für die Wartung der ihr nach den Absätzen I.6 und II.4 zur Verfügung gestellten Sachen, damit sie in betriebsbereitem Zustand gehalten werden.

Arianespace kann nach Absprache mit den Eigentümern die von ihr im Hinblick auf ihre Tätigkeit für erforderlich erachteten Änderungen daran vornehmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann Arianespace diese Änderungen vornehmen, wenn sie gewährleistet, dass bei der Rückgabe der ursprüngliche Zustand der Sachen wiederhergestellt wird. Die Regelungen über die Verwaltung und Wartung der Sachen werden in der in Absatz II.2 vorgesehenen Vereinbarung zwischen der Organisation und Arianespace festgelegt.

- III.5 Arianespace beschränkt die Nutzung der ihr nach den Absätzen I.6 und II.4 eingeräumten Rechte und zugänglich gemachten Informationen auf den Bedarf der Trägerproduktion.

Der Organisation gehörende Rechte und Informationen dürfen nur mit Zustimmung der Organisation und in Übereinstimmung mit dem ESA-Übereinkommen und der Ariane-Vereinbarung an Dritte weitergegeben werden.

Einem Teilnehmer gehörende Rechte und Informationen dürfen nur mit dessen vorheriger Zustimmung weitergegeben werden.

Arianespace hat sich zu verpflichten, die Organisation so bald wie möglich von jeder förmlichen Anfrage nach Beschaffung von im Verlauf der Ariane-Entwicklungsprogramme erworbenen Erzeugnissen oder Fachkenntnissen (Weitergabe von Technologie) zu unterrichten, die von Personen und Einrichtungen unter der Hoheitsgewalt von Staaten, die nicht Mitglieder der Organisation sind, oder von internationalen Organisationen ausgeht und von der sie im Verlauf ihrer Vermarktungstätigkeit Kenntnis erhält. Arianespace hat sich zu verpflichten, bei ihrer eigenen Tätigkeit die Verfahren der Organisation, die für die Weitergabe von Technologie außerhalb der Mitgliedstaaten der Organisation gelten oder sich aus der Ariane-Vereinbarung oder aus den Bestimmungen über die Ariane-Entwicklungsprogramme ergeben, sowie alle anderen zwischen den Teilnehmern geltenden einschlägigen internationalen Übereinkünfte einzuhalten und in den Verträgen mit den Zulieferfirmen auf sie zu verweisen.

- III.6 Arianespace trägt zu Bedingungen, die in den in Absatz I.8 genannten Regelungen festgelegt werden, zur Finanzierung der mit der Benutzung des Raumfahrtzentrums Guayana (CSG) verbundenen Kosten bei.

- III.7 Arianespace hat der Organisation und den Teilnehmern mit Vorrang gegenüber Drittkunden die notwendigen Startdienste und -fenster unter folgenden Bedingungen zur Verfügung zu stellen:

- Die Organisation und die Teilnehmer übersenden Arianespace ihre Anträge auf Startdienste je nach Bedarf unter Inanspruchnahme unentgeltlicher Optionen; im Falle eines Konfliktes über den Vorrang zwischen der Organisation und einem Teilnehmer hat die Organisation Vorrang;
- beantragt ein Drittkunde eine entgeltliche Option auf ein von der Organisation oder einem Teilnehmer unentgeltlich reserviertes Startfenster oder wünscht er einen festen Auftrag darauf zu erteilen, so können die Organisation oder der betreffende Teilnehmer ihre unentgeltliche Option in eine entgeltliche Option oder einen festen Auftrag umwandeln und somit ihren Vorrang behalten;
- in der Vereinbarung zwischen der Organisation und Arianespace wird eine Standardklausel festgelegt, die in die Verträge über den Verkauf von Starts aufzunehmen ist und das im Falle von Startverschiebungen geltende Verfahren bestimmt.

Diese Fragen werden in Konsultationen zwischen der Organisation und Arianespace behandelt, deren Durchführung in der in Absatz II.2 genannten Vereinbarung geregelt wird.

- III.8 Arianespace hat sich zu verpflichten, der Organisation den von ihr benötigten Einblick zu bieten, damit sie den ihr in Kapitel II übertragenen Auftrag erfüllen kann.

- III.9 Im Rahmen ihrer Verantwortlichkeiten für die Vermarktung des Trägers hat sich Arianespace zu verpflichten, in ihren Beziehungen mit Außenstehenden, mit ihren Kunden und mit der Öffentlichkeit den europäischen und multilateralen Charakter der Entwicklung und Produktion des Trägers Ariane hervorzuheben, indem sie insbesondere auf Schrift-, Bild- und Tonmaterial darauf hinweist, dass die Ariane-Entwicklungsprogramme von der Organisation durchgeführt worden sind, und indem sie auf die Rolle der Teilnehmer dieser Erklärung bei dieser Entwicklung aufmerksam macht.

- III.10 Machen durch Ariane-Starts Geschädigte Ansprüche geltend, so hat Arianespace der französischen Regierung bis zu einem Höchstbetrag von 400 Millionen französische Francs je Start die Kosten des Schadensersatzes zu erstatten, den diese nach Absatz IV.1 leisten muss.

- III.11 Die Teilnehmer stellen fest, dass Arianespace in Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeiten bei der Trägerproduktion aus eigenen Mitteln Arbeiten zur Verbesserung der Produktion und des Er-

zeugnisses in Angriff genommen hat. Die Teilnehmer fordern Arianespace und die Zulieferfirmen auf, ihre Anstrengungen fortzusetzen und zu verstärken. Arianespace beteiligt das CNES im Auftrag der Organisation an den Verfahren betreffend Änderungen im Sinne des Absatzes II.3.

III.12 Die Teilnehmer fordern Arianespace auf,

- a) diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen;
- b) die in Absatz II.2 genannte Vereinbarung mit der Organisation auszuhandeln und zu schließen;
- c) im Rahmen der geltenden Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften alle Maßnahmen zu ergreifen, um den europäischen Charakter der Gesellschaft zu verstärken und insbesondere zu untersuchen und mit Hilfe geeigneter Mittel aktiv danach zu trachten, die Gesellschaft in eine europäische Gesellschaft umzuwandeln, sobald die rechtlichen Voraussetzungen für eine solche Umwandlung gegeben sind; soweit irgend möglich dafür zu sorgen, dass ihre Struktur, ihre innere Organisation und ihre Aktienbeteiligungen den gegenwärtigen und künftigen Beteiligungen der Regierungen an den Entwicklungsprogrammen des Trägers Ariane und an den sich daraus ergebenden wiederkehrenden Arbeiten sowie den Erfordernissen der Wettbewerbsfähigkeit des Trägers Ariane entsprechen.

IV. VERSCHIEDENE BESTIMMUNGEN

IV.1 Machen durch von Arianespace durchgeführte Ariane-Starts Geschädigte Ansprüche geltend, so trägt die französische Regierung die Kosten des Schadensersatzes.

IV.2 a) Wirksamwerden

Diese Erklärung wird wirksam, sobald zwei Drittel der Vertragsparteien der in der Präambel genannten Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger, die am 21. Mai 1992 in Kraft getreten und am 10. Mai 1999 verlängert worden ist, dem Generaldirektor der Organisation schriftlich ihre Annahme notifiziert haben. Für die anderen in der Präambel genannten Vertragsparteien tritt sie an dem Tag in Kraft, an dem sie dem Generaldirektor der Organisation schriftlich ihre Annahme notifizieren.

b) Beitritt

Diese Erklärung liegt für die Mitgliedstaaten der Organisation nach ihrem Wirksamwerden drei Monate zum Beitritt auf. Innerhalb dieser Frist kann ihr jeder Mitgliedstaat ohne weiteres beitreten. Nach Ablauf der Frist ist ein Antrag auf Beitritt an den Generaldirektor der Organisation zu richten und bedarf der Zustimmung aller Staaten, die entweder dem Generaldirektor der Organisation nach Buchstabe a ihre Annahme notifiziert haben oder im Zeitpunkt des Antrags beigetreten sind. Die Erklärung tritt für die Mitgliedstaaten, die ihr beitreten, 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem sie dem Generaldirektor der Organisation notifizieren, dass ihre innerstaatlichen Annahme- oder Genehmigungsverfahren abgeschlossen sind.

c) Dauer

Diese Erklärung gilt bis Ende 2006. Bei Bedarf bleibt sie auch danach in Kraft, um gegebenenfalls die bis Ende 2006 geschlossenen Startverträge durchführen zu können. Die Teilnehmer konsultieren einander zu gegebener Zeit, spätestens jedoch ein Jahr vor Ablauf dieser Frist über die Bedingungen für ihre Erneuerung.

d) Überprüfung

Die Teilnehmer kommen überein, auf Antrag eines Drittels der Teilnehmer oder des Generaldirektors zusammenzutreten, um die Erklärung und ihre Durchführung zu überprüfen. Der Generaldirektor kann im Rahmen dieser Überprüfungen den Teilnehmern Vorschläge zur Änderung des Inhalts der Erklärung unterbreiten. Änderungen dieser Erklärung bedürfen eines einstimmigen Beschlusses der Teilnehmer.

IV.3 Beilegung von Streitigkeiten

Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Teilnehmern über die Auslegung oder Anwendung dieser Erklärung, die nicht durch Vermittlung des Rates der Organisation beigelegt werden können, werden nach Artikel XVII des ESA-Übereinkommens beigelegt.

Geschehen zu Paris am 7. Juni 2001 in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der Europäischen Weltraumorganisation hinterlegt wird; diese übermittelt allen Teilnehmern beglaubigte Abschriften.

8

969 der Beilagen

**DECLARATION
BY CERTAIN EUROPEAN GOVERNMENTS
ON THE ARIANE LAUNCHER PRODUCTION PHASE**

The governments of the Republic of Austria, the Kingdom of Belgium, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, Ireland, the Italian Republic, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Kingdom of Spain, the Kingdom of Sweden, the Swiss Confederation, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland,

parties to the Declaration by certain European governments on the Ariane launcher production phase, opened for accession on 14 January 1980, which entered into force on 14 April 1980 and was renewed on 21 May 1992, its application having been extended on 10 May 1999 until the end of the year 2001,

and the governments of the Republic of Finland and of the Portuguese Republic,

hereinafter referred to as the "Participants", being Member States of the European Space Agency, hereinafter referred to as the "Agency",

HAVING REGARD to the Arrangement signed on 21 September 1973 between certain European governments and the European Space Research Organisation concerning the execution of the Ariane launcher programme, hereinafter referred to as "the Ariane Arrangement", and in particular Articles I, III.1 and V thereof, which provide for a new Arrangement defining the production phase of the Ariane programme,

HAVING REGARD to the Convention for the establishment of a European Space Agency, which was opened for signature on 30 May 1975 and entered into force on 30 October 1980, hereinafter referred to as the "ESA Convention",

CONSIDERING that by virtue of its Resolution ESA/C/XXXIII/Res. 3 of 26 July 1979, the Council of the Agency agreed that production was to be entrusted to an industrial structure, and that by virtue of its Resolutions ESA/C/XXXIX/Res. 8 of 24 January 1980, ESA/C/XCII/Res. 1 (Final) of 17 October 1990 and ESA/C/CXLIII/Res. 1 (Final) of 20 October 1999, the said Council agreed that, on the basis of Article V.2 of the ESA Convention, the Agency would carry out the mission provided for in chapter II of the Declaration on the Ariane launcher production phase including its renewals referred to above,

CONSIDERING that the Ariane launcher is a major element of European space policy,

HAVING REGARD to Declaration ESA/C/XLII/Dec. 1 (Final), concerning an Ariane launcher (Ariane 2/3) follow-on development programme, drawn up on 26 June 1980,

HAVING REGARD to Declaration ESA/PB-ARIANE/XLIV/Dec. 1 (Final), rev. concerning a programme for the development of an updated version of the Ariane launcher (Ariane-4), drawn up on 10 December 1981 and amended on 15 June 1984,

HAVING REGARD to Declaration ESA/PB-ARIANE/LXXXV/Dec. 1 (Final), rev. 5, on the Ariane-5 development programme, drawn up on 4 December 1987,

HAVING REGARD to Resolutions ESA/C/LXXXIII/Res. 1 (Final), ESA/C/XCIX/Res. 1 (Final), and ESA/C/CXL/Res. 1 (Final) on Ariane launch prices, adopted by the Council of the Agency,

HAVING REGARD to Resolution ESA/C/CIX/Res. 2 (Final), rev. 2 (Final) on the funding of the CSG (1993-2001), adopted by the Council of the Agency on 24 June 1993 and amended on 28 September 1995 and 19 October 2000,

HAVING REGARD to the Agreement between the French Government and the Agency on the Guiana Space Centre (CSG) (1993-2000), which entered into force on 1 January 1993,

HAVING REGARD to the Resolution on the CSG fee (ESA/C/CXXI/Res.2, rev.3 (Final)) adopted by the Council of the Agency on 28 September 1995 and amended on 16 December 1997 and 10 May 1999,

CONSIDERING that the Arianespace group is presently formed by the French companies Arianespace Participation S.A. with its registered office at Evry (Essonne, France) and Arianespace S.A. (hereinafter referred to as "Arianespace"), with its registered office at Evry (Essonne, France) and that the shares of the said companies are held by European entities, including the industrial firms involved in the manufacture of the Ariane launchers,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

I. COMMITMENTS OF THE PARTICIPANTS

I.1 The Participants decide to entrust Arianespace with the execution of the Ariane launcher production phase provided for in Articles I and V of the Ariane Arrangement.

I.2 The Participants agree that the objective of this production phase will be to meet launch requirements of the world market subject to:

- (a) the proviso that it is carried out for peaceful purposes in conformity with the obligations under the ESA Convention and with the provisions of the Treaty on Principles governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space, including the Moon and Other Celestial Bodies, which entered into force on 10 October 1967 (hereinafter referred to as "the Outer Space Treaty"), and
- (b) the provisions of section III.7.

- I.3 The Participants agree to entrust Arianespace with the manufacture, marketing and launch of the Ariane launcher on the basis of the production master files stemming from the Agency's development programmes.
- I.4 (a) The Participants declare that the Ariane launcher will be used for the Agency's activities in conformity with the provisions of Article VIII.1 of the ESA Convention.
- (b) The Participants agree to take the Ariane launcher into account when defining and executing their national programmes and to grant preference to its utilisation except where such use compared to the use of other launchers or space transport facilities available at the envisaged time is unreasonably disadvantageous with regard to cost, reliability or mission compatibility.
- (c) The Participants shall endeavour to support the use of the Ariane launcher within the framework of the international programmes in which they participate and shall consult together to that end.
- I.5 In the case of sales to a non-member State or to a customer that does not come under the jurisdiction of a Member State of the Agency:
- (a) The Participants agree to set up a Committee, hereinafter referred to as "the Sales Control Committee", with responsibility for determining whether a projected launch sale constitutes use that runs counter to the provisions of section I.2(a).

The Sales Control Committee shall comprise one representative of each participating government. The members of the Sales Control Committee shall be kept informed by the Director General of the Agency of projected sales of Arianespace launches to non-member States and to customers that come under the jurisdiction of such States.

The Sales Control Committee shall be convened as follows: one-third of the members may request a meeting on the grounds that the use of a launcher would run counter to the provisions of section I.2(a).

This request must be made not more than four weeks after the members of the Sales Control Committee have been informed of the proposed contract. The Sales Control Committee must then be convened within two weeks. Within four weeks at the most, it may decide to prohibit the projected launch sale on the grounds that it is incompatible with the provisions of section I.2(a), doing so by a two-thirds majority of its members.

This decision shall be binding on Arianespace. The French Government, in the exercise of the competences that France holds by virtue of the Outer Space Treaty, undertakes to take the

necessary steps to ensure the proper implementation of the prohibition decisions taken by the Sales Control Committee.

- (b) Without prejudice to the obligations devolving upon it under this Declaration, any Participant shall retain the right to declare that for reasons of its own, it does not associate itself with a particular launch.
- (c) If a Participant considers that the sale of a launch is not compatible with its adherence to this Declaration, it must, after such consultations as it may deem necessary, inform the Director General of the Agency.

If, after the Director General has informed Arianespace, the sale goes through, the Participant may immediately suspend its adherence to this Declaration in respect of the sale in question, on condition that it formally notifies the Agency and the other Participants thereof within one month and that it respects the commitments it has entered into with regard to other sales. The Participant shall keep available the national industrial facilities used for the production of the launcher and shall not oppose their use.

Should the Participant concerned object to making available, for the purposes of the launch in question, equipment and subsystems manufactured by its national industry, it shall be bound, within the framework of its powers, to facilitate the transfer of the manufacture of the relevant supplies to the industries of the other Participants, and may not under any circumstances oppose the manufacture of the supplies in question by the industries of the other Participants.

I.6 The Participants undertake to make available to Arianespace, when required for the purposes of the production or launch of Ariane:

- free of charge, the facilities, equipment and tooling acquired within the framework of the Ariane development programmes and of which the Agency is the owner on behalf of the participants in these programmes;
- under financial conditions limited to the costs incurred on that account, the facilities owned by certain Participants and which have been used for the Ariane development programmes, with the exception of the Guiana Space Centre (CSG) to which the specific provisions of section I.8 shall apply;
- free of charge, the intellectual property rights belonging to them and deriving from the Ariane development programmes; Arianespace shall have access free of charge to technical information in their possession resulting from the said programmes.

- I.7 The Participants shall do their utmost to provide Arianespace with the assistance required with regard to industrial quality surveillance and price surveys.
- I.8 The Participants undertake, for their part, to contribute to the funding of the Guiana Space Centre (CSG) in accordance with arrangements agreed among themselves.
- I.9 If, in connection with an export sale, it proves desirable to lay down special arrangements regarding guarantees and export financing, the Participants shall consult together to determine how such a request can be met on the basis of the principle of equitable distribution of the risk and the funding, pro rata to participation in production.
- I.10 The Participants agree that they will consult together on the steps to be taken if technical or financial difficulties arise which call into question the future of Arianespace or that of Ariane production.

II. MANDATE ENTRUSTED TO THE AGENCY

- II.1 Without prejudice to the functions entrusted to the Ariane Launcher Programme Board under the terms of section II. 9, the Participants request the Agency to ensure in their name and on their behalf that the provisions of this Declaration are complied with and applied and that their rights are safeguarded.
- II.2 The Participants request the Council of the Agency to agree to the mandate given to the Agency under the terms of this Declaration and to agree that the Agency shall carry out, in conformity with Article V.2 of the ESA Convention, the operational activity associated with the Ariane launcher production phase.

To this end, they invite the Agency and Arianespace to conclude a convention implementing the provisions of this Declaration and organising their relations.

- II.3 The Participants note that the Agency, in its capacity as the authority responsible for the development of the launcher and its constituent elements, has delegated to the Centre national d'études spatiales (CNES), the role of design authority. Participants therefore agree that CNES, on behalf of the Agency, be formally involved in the procedures concerning changes and, with regard to design changes, shall give its agreement in consultation with the Agency.

14

969 der Beilagen

II.4 The Participants invite the Agency, to make available to Arianespace, to the extent necessary for the production or launch of Ariane:

- free of charge, the launcher production master files stemming from the Ariane development programmes, as a basis for carrying out the production of the operational launchers;
- free of charge, the facilities, equipment and tooling acquired within the framework of the Ariane development programmes and of which the Agency is the owner. These assets may also, in agreement with Arianespace, be made available to its suppliers.
- free of charge, its intellectual property rights deriving from the Ariane development programmes; Arianespace shall have access free of charge to the technical information in the Agency's possession, resulting from the said programmes.

If the assets owned by the Agency that are made available to Arianespace prove to be of use to other programmes of the Agency, they may be so used by the latter in agreement with Arianespace and in accordance with arrangements to be defined in respect of each programme, on the understanding that Arianespace will continue to have priority in the use of the assets in question.

II.5 The Participants invite the Agency to:

- (a) assist Arianespace in the promotion of the Ariane launcher export activities, in particular in approaching international organisations;
- (b) do its utmost to provide Arianespace with the assistance required with regard to industrial quality surveillance and price surveys.

II.6 The Participants invite the Agency to maintain an active dialogue with Arianespace in order to ensure that the objectives of the launcher development programmes undertaken within the framework of the Agency, reflect foreseeable trends on the launch market.

The Participants invite the Agency to conclude with Arianespace separate riders to the convention referred to in section II.2, on the technical, contract and financial arrangements applicable to each launcher development programme referred to in this Declaration.

II.7 The Participants invite the Council of the Agency to authorise the Director General to negotiate as soon as possible with Arianespace a renewal of the convention signed between the Agency and Arianespace on 24 September 1992 and submit it to the Council of the Agency for agreement.

- II.8 The Participants invite the Council of the Agency to authorise the Director General of the Agency to exercise the duties of depositary of this Declaration, together with those described in section IV.2.
- II.9 The Participants invite the Council of the Agency to agree that for the purposes of this Declaration, the Ariane Launcher Programme Board, set up under Article IV of the Ariane Arrangement, shall be entrusted with the following functions:
- (a) it shall examine and recommend to the Participants the arrangements for the funding of the Guiana Space Centre (CSG), referred to in section I.8;
 - (b) it shall regularly receive reports on the world launch services market so as to provide it with the assistance it needs in order to carry out its remit and give opinions as appropriate;
 - (c) it shall examine, on a regular basis, the geographical distribution of industrial work related to production among the Participants and shall be consulted if a Participant objects to changes, as mentioned in section III.3, made by Arianespace in this distribution, so that it may make a recommendation. It shall be for the Participant concerned to refer the subject of its objection to the Ariane Launcher Programme Board;
 - (d) it shall hear and examine a detailed annual report presented by the Chairman of Arianespace on the company's activities. On that occasion it may make any recommendation to Arianespace that it considers useful for attaining the objectives of this Declaration. It may request Arianespace to supply it with further reports, which Arianespace shall supply, subject, where applicable, to their strict confidentiality;
 - (e) it shall be kept informed at each meeting of Arianespace's activities by the Director General of the Agency or his representative, such information including, where applicable, any development in the structure and/or the composition of the shareholdings of the Arianespace group;
 - (f) it shall receive an annual report from the Chairman of the Sales Control Committee.

Only the Participants in this Declaration shall have the right to vote on matters concerning its implementation. Decisions or recommendations made by them in this capacity within the Ariane Launcher Programme Board shall be adopted by a simple majority.

The reports and information referred to above may be confidential, and the Participants and the Agency undertake to treat them as such.

For that purpose, the Ariane Launcher Programme Board may meet in restricted session, in which case only the Participants in this Declaration shall be represented.

- II.10 The representatives of the Participants may take the opportunity at a meeting of the Council of the Agency to reach agreement on any matters relating to implementation of this Declaration.

III. COMMITMENTS TO BE ENTERED INTO BY ARIANESPACE

In exchange for the commitments they enter into under this Declaration, the Participants request Arianespace to enter into the following commitments, which will be embodied in the convention between the Agency and Arianespace provided for in section II.2.

- III.1 The activity entrusted to Arianespace shall be carried out for peaceful purposes in conformity with the obligations of the ESA Convention and with the provisions of the Outer Space Treaty. Arianespace shall be required to conform to the decisions taken by the Sales Control Committee set up under section I.5.

- III.2 Arianespace shall agree that its primary mission consists in the manufacturing, marketing and launch of the Ariane launcher. Other activities carried out by Arianespace shall support this primary mission and shall not be in competition with the Ariane launcher.

- III.3 Arianespace shall respect the industrial distribution of work resulting from all the Ariane launcher development programmes undertaken by the Agency.

If Arianespace considers that this distribution cannot be maintained because industrial proposals are unreasonable in terms of price, quality or delivery dates, it shall put the work out to competitive tender.

Before taking any such measures, Arianespace shall notify the Participant concerned and the Director General of the Agency of its intention to do so, providing reasoned grounds in support of it so that together a solution can be found within reasonable time. The Agency shall be associated with the procedure leading to any change of the industrial distribution of work resulting from all the Ariane launcher development programmes undertaken by the Agency. The procedures shall be as set out in the convention concluded between the Agency and Arianespace in accordance with the provisions of section II.2.

The previous contractor may match the best financial offer and shall have priority in relation to all industrial proposals that are equivalent in terms of prices, delivery dates and quality.

III.4 Arianespace shall have technical and financial responsibility for maintaining in good operational order the assets made available to it under the terms of sections I.6 and II.4.

Arianespace may, after consulting the owners, make such modifications to these assets, as it deems necessary for its activities. Failing agreement, Arianespace may carry out such modifications, guaranteeing that the assets will be restored to their initial state at the time of returning them. The management and maintenance arrangements relating to the assets shall be defined in the convention between the Agency and Arianespace, provided for in section II.2.

III.5 Arianespace shall restrict use of the rights and information made available to it under sections I.6 and II.4 to the requirements of the launcher production.

Rights and information of which the Agency is the owner may not be passed on to third parties without the Agency's agreement in accordance with the provisions of the ESA Convention and of the Ariane Arrangement.

Rights and information that are the property of a Participant may not be passed on without prior agreement of the latter.

Arianespace shall give an undertaking to inform the Agency as soon as possible of any formal request for the supply of products and know-how (technology transfer) acquired during the Ariane development programmes, from persons and/or entities under the jurisdiction of States not members of the Agency or from international organisations, which may come to its notice in the course of its commercialisation activities. Arianespace shall undertake to comply in its own activities with, and cite in contracts with its suppliers, the Agency's procedures which apply to technology transfers outside the Member States of the Agency or which stem from the Ariane Arrangement or from the texts governing the Ariane development programme, together with any other relevant international agreements which apply between Participants.

III.6 Arianespace shall contribute to the funding of the costs associated with the use of the Guiana Space Centre (CSG), according to modalities to be defined in the arrangements referred to in section I.8.

III.7 Arianespace shall supply the Agency and the Participants, giving them priority over third-party customers, with the launch services and slots required, under the following conditions:

- the Agency and the Participants shall communicate to Arianespace their requests for services as their requirements arise, taking up cost-free options; in the event of a conflict of priorities between the Agency and a Participant, the Agency shall have priority;
- when a third-party customer requests a fee-paying option, or wishes to place a firm order, in respect of a slot reserved cost-free by the Agency or a Participant, the Agency or the

Participant in question may convert its cost-free option into a fee-paying option or a firm order and retain its priority;

- the convention between the Agency and Arianespace shall contain a model clause, which is to be included in the launch sale contracts, defining the procedure to be applied in the event of a slippage of the launch slot.

These matters shall be the subject of consultation between the Agency and Arianespace, under arrangements to be defined in the convention referred to in section II.2.

III.8 Arianespace shall undertake to afford the Agency the visibility it needs in order to carry out the mandate assigned to it in chapter II.

III.9 In discharging its responsibilities for marketing the launcher, Arianespace shall undertake, in its relations with outside parties, with its customers and with the public, to emphasise the European and multilateral character of the development and production of the Ariane launcher, by mentioning, especially on written and audio-visual materials, that the Ariane development programmes have been carried out by the Agency and by drawing attention to the role played in such development by the Participants in this Declaration.

III.10 In the event of proceedings being taken by the victims of damage caused by Ariane launches, Arianespace shall be required to reimburse the French Government, within a ceiling of 400 million French francs per launch, the amount of any damages it may be required to pay under the terms of section IV.1.

III.11 The Participants note that Arianespace, in discharging its responsibility in the production of the launcher, has started work aimed at making improvements to production and to the product, for which purpose it is using its own resources. The Participants invite Arianespace and the industrial suppliers to continue and intensify their endeavours. Arianespace shall involve CNES on behalf of the Agency in procedures concerning changes as foreseen in Section II.3.

III.12 The Participants invite Arianespace to:

- (a) take cognisance of this Declaration;
- (b) negotiate and conclude with the Agency the convention referred to in section II.2;
- (c) take any measures, within the applicable laws and regulations, to reinforce the company's European character, and in particular study and actively seek, using appropriate means, to convert the company into a European company as soon as the legal conditions making such

conversion possible have been met; ensure, as far as possible, that its structure, its internal organisation and the composition of its shareholdings reflect the present and future participation of the governments in the Ariane launcher development programmes and in the recurrent work stemming therefrom and the needs of competitiveness of Ariane.

IV. MISCELLANEOUS PROVISIONS

IV.1 In the event of proceedings being instituted by the victims of damage caused by any Ariane launch carried out by Arianespace, the French Government shall be responsible for the payment of any damages that may be awarded.

IV.2 (a) Effective date

This Declaration shall take effect once two thirds of the parties to the Declaration by certain European governments on the Ariane launcher production phase, which entered into force on 21 May 1992 and which was further extended on 10 May 1999, referred to in the preamble, have notified the Director General of the Agency in writing of their acceptance. It shall enter into force for the other parties, referred to in the preamble, on the date on which they notify their acceptance in writing to the Director General of the Agency.

(b) Accession

This Declaration shall be open for accession by the Member States of the Agency for a period of three months starting on its effective date. During this period any Member State of the Agency shall be free to accede to it. Any subsequent request to accede shall be addressed to the Director General of the Agency and shall require the agreement of all the States that have either notified their acceptance to the Director General of the Agency as specified in (a) above, or acceded by the date of such request. This Declaration shall enter into force for the Member States that have acceded to it, 30 days after the date on which they notify the Director General of the Agency of the completion of their national agreement or approval procedures.

(c) Duration

This Declaration shall apply up to the end of 2006. If need be, its provisions shall remain in force beyond that date in order to allow, where appropriate, for the execution of launch contracts concluded up to the end of 2006. The Participants shall consult together on the conditions for its renewal in good time and not less than one year before the Declaration is due to expire.

(d) Review

The Participants agree that they shall meet, at the request of one third of the Participants or of the Director General, for the purpose of reviewing the provisions of this Declaration and their implementation. In the context of these reviews, the Director General may formulate proposals to the Participants in order to amend the content of this Declaration. Amendments to the provisions of this Declaration shall be adopted by a unanimous decision of the Participants.

IV.3 Settlement of disputes

Any dispute arising between two or more Participants over the interpretation or implementation of this Declaration and not settled through the intervention of the Agency's Council, shall be settled in accordance with the provisions of Article XVII of the ESA Convention.

Done in Paris on 7 June 2001, in the English, French und German language, all these texts being equally authentic, in a single original to be deposited in the archives of the European Space Agency, which shall transmit certified copies to all the Participants.

969 der Beilagen

21

**DÉCLARATION
DE CERTAINS GOUVERNEMENTS EUROPÉENS
SUR LA PHASE DE PRODUCTION DES LANCEURS ARIANE**

22

969 der Beilagen

Les gouvernements de la République fédérale d'Allemagne, de la République d'Autriche, du Royaume de Belgique, du Royaume du Danemark, du Royaume d'Espagne, de la République française, de l'Irlande, de la République italienne, du Royaume de Norvège, du Royaume des Pays-Bas, du Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord, du Royaume de Suède, de la Confédération suisse,

parties à la Déclaration de certains Gouvernements européens relative à la phase de production des lanceurs Ariane, ouverte à l'adhésion le 14 janvier 1980, entrée en vigueur le 14 avril 1980 et renouvelée le 21 mai 1992, et dont l'application a été prolongée le 10 mai 1999 jusqu'à la fin de l'année 2001,

et les gouvernements de la République finlandaise et de la République portugaise,

ci-après dénommés les "Participants", États membres de l'Agence spatiale européenne, ci-après dénommée "l'Agence",

VU l'Arrangement signé le 21 septembre 1973 entre certains gouvernements européens et l'Organisation européenne de Recherches spatiales, concernant l'exécution du programme du lanceur Ariane, ci-après dénommé "l'Arrangement Ariane", et en particulier ses articles I, III.1 et V prévoyant un nouvel Arrangement définissant la phase de production du programme Ariane,

VU la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne, ouverte à la signature le 30 mai 1975 et entrée en vigueur le 30 octobre 1980, ci-après dénommée "la Convention de l'ASE",

CONSIDÉRANT que par sa Résolution ESA/C/XXXIII/Rés. 3 du 26 juillet 1979, le Conseil de l'Agence avait marqué son accord pour que la production soit confiée à une structure industrielle, et que par ses Résolutions ESA/C/XXXIX/Rés. 8 du 24 janvier 1980, ESA/C/XCII/Rés. 1 (final) du 17 octobre 1990 et ESA/C/CXLIII/Rés. 1 (final) du 20 octobre 1999, ledit Conseil avait accepté que l'Agence assure, sur la base de l'article V.2 de la Convention de l'ASE, l'exécution de la mission prévue au chapitre II de la Déclaration relative à la phase de production des lanceurs Ariane visée ci-dessus, ses renouvellements compris,

CONSIDÉRANT que le lanceur Ariane constitue un élément majeur de la politique spatiale européenne,

VU la Déclaration ESA/C/XLII/Déc. 1 (final), établie le 26 juin 1980, relative à un programme de développement complémentaire du lanceur Ariane (Ariane 2/3),

VU la Déclaration ESA/PB-ARIANE/XLIV/Déc. 1 (final), rév., établie le 10 décembre 1981 et amendée le 15 juin 1984, relative à un programme de développement d'une version améliorée du lanceur Ariane (Ariane 4),

VU la Déclaration ESA/PB-ARIANE/LXXXV/Déc. 1 (final), rév. 5, établie le 4 décembre 1987, relative au programme de développement Ariane 5,

VU les Résolutions ESA/C/LXXXIII/Res. 1 (final), ESA/C/XCIX/Rés. 1 (final) et ESA/C/CXL/Rés. 1 (final), adoptées par le Conseil de l'Agence, relatives aux prix des lancements Ariane,

VU la Résolution ESA/C/CIX/Rés. 2 (final), rév. 2 (final) relative au financement du Centre spatial guyanais (CSG) (1993-2001), adoptée par le Conseil de l'Agence le 24 juin 1993 et amendée le 28 septembre 1995 et le 19 octobre 2000,

VU l'Accord entre le gouvernement français et l'Agence relatif au Centre spatial guyanais (CSG) (1993-2000), entré en vigueur le 1er janvier 1993,

VU la Résolution relative à la redevance CSG (ESA/C/CXXI/Rés. 2, rév. 3 (final)) adoptée par le Conseil de l'Agence le 28 septembre 1995 et amendée le 16 décembre 1997 et le 10 mai 1999,

CONSIDÉRANT que le groupe Ariespace est actuellement constitué par les sociétés françaises Ariespace Participation S.A. dont le siège est sis à Evry (Essonne, France) et Ariespace S.A. (ci-après dénommée "Ariespace") dont le siège est sis à Evry (Essonne, France) et que les actions desdites sociétés sont détenues par des entités européennes, y compris les sociétés industrielles participant à la fabrication des lanceurs Ariane,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT :

I. ENGAGEMENTS DES PARTICIPANTS

I.1 Les Participants décident de confier à Ariespace l'exécution de la Phase de production du lanceur Ariane prévue à l'article premier et à l'article V de l'Arrangement Ariane.

I.2 Les Participants conviennent que cette phase de production aura pour but de satisfaire les besoins du marché mondial en matière de lancements sous réserve :

a) d'être conduite à des fins pacifiques conformément aux obligations de la Convention de l'ASE et aux dispositions du Traité sur les principes régissant les activités des États en matière d'exploration et d'utilisation de l'espace extra-atmosphérique, y compris la Lune et les autres corps célestes, entré en vigueur le 10 octobre 1967 (ci-après dénommé "le Traité sur l'espace extra-atmosphérique") ;

b) des dispositions prévues au paragraphe III.7.

- I.3 Les Participants conviennent de charger Arianespace de la fabrication, de la commercialisation et du lancement d'Ariane sur la base des dossiers industriels issus des programmes développement de l'Agence.
- I.4 a) Les Participants déclarent que l'utilisation du lanceur Ariane pour les activités de l'Agence sera conforme à l'article VIII.1. de la Convention de l'ASE.
- b) Dans la définition et l'exécution de leur programmes nationaux, les Participants conviennent de tenir compte du lanceur Ariane et d'accorder la préférence à son utilisation sauf si cette utilisation présente, par rapport à l'utilisation d'autres lanceurs ou moyens de transports spatiaux disponibles à l'époque envisagée, un désavantage déraisonnable sur le plan du coût, de la fiabilité ou de l'adéquation à la mission.
- c) Les Participants s'efforcent de soutenir l'utilisation du lanceur Ariane dans le cadre des programmes internationaux auxquels ils participent et se concertent à cette fin.
- I.5 S'agissant des ventes à un État non membre ou à un client ne relevant pas de la juridiction d'un État membre de l'Agence :
- a) Les Participants conviennent de créer un Comité, ci-après dénommé "Comité de contrôle des ventes", chargé de déterminer si un projet de vente de lancement concerne une utilisation contraire aux dispositions figurant au paragraphe I.2 a).

Le Comité de contrôle des ventes est composé d'un représentant de chaque gouvernement participant. Les membres du Comité de contrôle des ventes sont tenus informés par le Directeur général de l'Agence des projets de vente de lancements d'Arianespace à des États non membres et à des clients relevant de la juridiction de ces États.

Le Comité de contrôle des ventes est réuni dans les conditions suivantes : un tiers des membres peut formuler une demande de réunion au motif qu'une utilisation du lanceur serait contraire aux dispositions figurant au paragraphe I.2 a).

Cette demande doit intervenir quatre semaines au plus tard après que les membres du Comité de contrôle des ventes ont été informés du projet de contrat concerné. Le Comité de contrôle des ventes doit alors être réuni dans un délai de deux semaines. A la majorité des 2/3 de ses membres il peut, dans un délai maximum de quatre semaines, prendre une décision d'interdire le projet de vente de lancement fondée sur le non respect des dispositions figurant au paragraphe I.2 a).

Cette décision est exécutoire pour Arianespace. Le gouvernement français, dans l'exercice des compétences que la France tient du Traité sur l'espace extra-atmosphérique, s'engage à prendre

les mesures nécessaires pour assurer la bonne exécution des décisions d'interdiction prises par le Comité de contrôle des ventes.

- b) Sans préjudice des obligations lui incombant au titre de la présente Déclaration, tout Participant se réserve le droit de déclarer que, pour des raisons qui lui sont propres, il ne s'associe pas à un lancement particulier.
- c) Si un Participant considère qu'une vente de lancement n'est pas compatible avec son adhésion à la présente Déclaration, il doit, après les consultations qu'il pourrait juger nécessaires, en informer le Directeur général de l'Agence.

Si, après information d'Arianespace par celui-ci, la vente est réalisée, le Participant pourra immédiatement suspendre son adhésion à la présente Déclaration pour la vente considérée sous réserve d'en informer officiellement l'Agence et les autres Participants dans un délai d'un mois et de respecter les engagements pris par lui pour les autres ventes. Le Participant maintiendra disponibles les moyens industriels nationaux utilisés pour la production du lanceur et ne fera pas obstacle à leur utilisation.

Si le Participant était conduit à s'opposer à la fourniture, pour le lancement correspondant, d'équipements et sous-systèmes fabriqués par son industrie nationale, il serait tenu, dans le cadre de ses pouvoirs, de faciliter le transfert de la fabrication des fournitures correspondantes aux industries des autres Participants, et ne saurait, en toute hypothèse, s'opposer à la fabrication de ces fournitures par les industries des autres Participants.

I.6 Les Participants s'engagent à mettre à la disposition d'Arianespace, lorsqu'ils lui sont nécessaires pour la production ou le lancement d'Ariane :

- à titre gratuit, les installations, équipements et outillages acquis dans le cadre des programmes de développement Ariane et dont l'Agence est propriétaire pour le compte des Participants à ces programmes ;
- à des conditions financières limitées aux frais exposés de ce fait, les installations dont certains Participants sont propriétaires et qui ont été utilisées pour les programmes de développement Ariane, à l'exception du Centre spatial guyanais (CSG) faisant l'objet de dispositions particulières visées au paragraphe I.8 ;
- à titre gratuit, les droits de propriété intellectuelle leur appartenant et découlant des programmes de développement Ariane ; Arianespace pourra accéder gratuitement aux informations techniques en leur possession et résultant de ces mêmes programmes.

26

969 der Beilagen

- I.7 Les Participants font tout leur possible pour accorder à Arianespace l'assistance nécessaire en matière de surveillance industrielle de qualité et d'enquête de prix.
- I.8 Les Participants s'engagent, en ce qui les concerne, à participer selon des modalités convenues entre eux au financement du Centre spatial guyanais (CSG).
- I.9 Si lors d'une vente à l'exportation il apparaît souhaitable de trouver des modalités de garanties et de financement à l'exportation particulières, les Participants se consultent pour déterminer la possibilité de satisfaire une telle demande selon le principe d'une répartition équitable du risque et du financement, proportionnelle à la participation à la production.
- I.10 Les Participants conviennent de se concerter sur les mesures à prendre si des difficultés techniques ou financières mettant en cause l'avenir d'Arianespace ou celui de la production d'Ariane apparaissaient.

II. MANDAT CONFIE À L'AGENCE

- II.1 Sans préjudice des fonctions confiées au Conseil directeur du programme Ariane au titre du paragraphe II.9, les Participants demandent à l'Agence de veiller en leur nom et pour leur compte, au respect et à l'application des dispositions de la présente Déclaration ainsi qu'à la sauvegarde de leurs droits.
- II.2 Les Participants demandent au Conseil de l'Agence d'accepter le mandat donné à l'Agence au titre de la présente Déclaration et d'accepter que l'Agence assure, conformément à l'article V.2 de la Convention de l'ASE, l'activité opérationnelle liée à la phase de production des lanceurs Ariane.

A cet effet, ils invitent l'Agence et Arianespace à conclure une convention mettant en œuvre les dispositions de la présente Déclaration et organisant leurs relations.

- II.3 Les Participants notent que l'Agence, en sa qualité d'autorité responsable du développement du lanceur et de ses éléments constitutifs, a délégué au Centre national d'études spatiales (CNES) le rôle d'autorité de conception. Les Participants conviennent par conséquent que le CNES soit formellement impliqué, pour le compte de l'Agence, dans le processus des modifications et, pour ce qui concerne les modifications relatives à la conception, qu'il donne son accord en concertation avec l'Agence.

II.4 Les Participants invitent l'Agence à mettre à la disposition d'Arianespace, dans la mesure du nécessaire pour la production ou le lancement d'Ariane :

- à titre gratuit, les dossiers industriels du lanceur issus des programmes de développement Ariane comme base pour conduire la production des lanceurs opérationnels ;
- à titre gratuit, les installations, équipements et outillages acquis dans le cadre des programmes de développement Ariane et dont l'Agence est propriétaire. Ces biens pourront également, en accord avec Arianespace, être mis à disposition de ses fournisseurs ;
- à titre gratuit, ses droits de propriété intellectuelle tels qu'ils découlent des programmes de développement Ariane ; Arianespace pourra accéder gratuitement aux informations techniques en la possession de l'Agence et résultant de ces mêmes programmes.

Si les biens qui sont mis à la disposition d'Arianespace, et dont l'Agence est propriétaire, s'avèrent utiles pour d'autres programmes de l'Agence, ils pourront être utilisés par cette dernière en accord avec Arianespace et selon des modalités à définir pour chaque programme, étant entendu qu'Arianespace conserve la priorité d'utilisation des biens en cause.

II.5 Les Participants invitent l'Agence :

- a) à apporter son concours à Arianespace dans la promotion du lanceur Ariane à l'exportation, notamment dans l'approche des organisations internationales ;
- b) à faire tout son possible pour accorder à Arianespace l'assistance nécessaire en matière de surveillance industrielle de qualité et d'enquête de prix.

II.6 Les Participants invitent l'Agence à entretenir un dialogue actif avec Arianespace afin de s'assurer que les objectifs des programmes de développement des lanceurs entrepris dans le cadre de l'Agence reflètent les perspectives d'évolution du marché des lancements.

Les Participants invitent l'Agence à conclure avec Arianespace des avenants spécifiques à la convention visée au paragraphe II.2 traitant des modalités techniques, contractuelles et financières applicables à chaque programme de développement de lanceurs visé dans la présente Déclaration.

II.7 Les Participants invitent le Conseil de l'Agence à autoriser le Directeur général à négocier le plus tôt possible avec Arianespace un renouvellement de la convention signée entre l'Agence et Arianespace le 24 septembre 1992 et à la soumettre pour accord audit Conseil.

28

969 der Beilagen

- II.8 Les Participants invitent le Conseil de l'Agence à autoriser le Directeur général de l'Agence à exercer les fonctions de dépositaire de la présente Déclaration, ainsi que celles qui sont décrites au paragraphe IV.2.
- II.9 Les Participants invitent le Conseil de l'Agence à accepter que le Conseil directeur du programme Ariane, créé par l'article IV de l'Arrangement Ariane, soit investi au titre de la présente Déclaration des fonctions suivantes :
- a) il examine et recommande aux Participants les modalités de financement du Centre spatial guyanais (CSG) visées au paragraphe I.8 ;
 - b) il reçoit régulièrement des rapports concernant le marché mondial des services de lancement pour l'éclairer dans l'exercice de son mandat et formuler éventuellement des avis ;
 - c) il examine périodiquement la répartition géographique entre les Participants des travaux industriels liés à la production et est consulté en cas de contestation d'un Participant sur les modifications de cette répartition par Arianespace visées au paragraphe III.3 afin de formuler une recommandation. Il appartient au Participant concerné de saisir le Conseil directeur du programme Ariane de l'objet de sa contestation ;
 - d) il entend et examine un rapport annuel détaillé présenté par le Président d'Arianespace sur les activités de la société. Il peut à cette occasion formuler à Arianespace toute recommandation qu'il juge utile à la poursuite des objectifs de la présente Déclaration. Il peut demander à Arianespace de lui fournir des rapports complémentaires, rapports qu'Arianespace fournit sous réserve, le cas échéant, de leur caractère strictement confidentiel ;
 - e) il est tenu informé à chaque réunion des activités d'Arianespace par le Directeur général de l'Agence ou son représentant, y compris, le cas échéant, sur l'évolution de la structure et de l'actionnariat du groupe Arianespace ;
 - f) il reçoit un rapport annuel du Président du Comité de contrôle des ventes.

Les Participants à la présente Déclaration peuvent seuls prendre part au vote sur les questions relatives à sa mise en œuvre. Les décisions ou recommandations prises à ce titre au sein du Conseil directeur du programme Ariane sont adoptées à la majorité simple des Participants.

Les rapports et informations prévus ci-dessus pourront revêtir un caractère confidentiel, caractère que les Participants et l'Agence s'engagent à respecter.

A cet effet, le Conseil directeur du programme Ariane peut se réunir en session restreinte, à laquelle sont seuls représentés les Participants à la présente Déclaration.

II.10 Les représentants des Participants peuvent saisir l'occasion d'une session du Conseil de l'Agence pour s'entendre sur toute question relative à la mise en œuvre de la présente Déclaration.

III. ENGAGEMENTS A PRENDRE PAR ARIANESPACE

En contrepartie des engagements qu'ils prennent au titre de la présente Déclaration, les Participants demandent à Arianespace de respecter les engagements suivants, qui seront inscrits dans la convention entre l'Agence et Arianespace prévue au paragraphe II.2.

III.1 L'activité confiée à Arianespace devra être conduite à des fins pacifiques conformément aux obligations de la Convention de l'ASE et aux dispositions du Traité sur l'espace extra-atmosphérique. Arianespace est tenue de se conformer aux décisions prises par le Comité de contrôle des ventes créé au titre du paragraphe I.5.

III.2 Arianespace acceptera que sa principale mission consiste à produire, à commercialiser et à lancer Ariane. Les autres activités conduites par Arianespace viendront en soutien de cette mission principale et ne feront pas concurrence au lanceur Ariane.

III.3 Arianespace respectera la répartition industrielle des travaux résultant de tous les programmes de développement du lanceur Ariane entrepris par l'Agence.

Si Arianespace juge que cette répartition ne peut être maintenue par suite de propositions industrielles offrant des conditions de prix, de délais ou de qualité déraisonnables, elle fait appel à la concurrence.

Avant de prendre toute mesure en ce sens, Arianespace notifie au Participant concerné et au Directeur général de l'Agence son intention et les justifications qui l'appuient afin de rechercher ensemble une solution dans un délai raisonnable. L'Agence est associée à la procédure débouchant sur une quelconque modification de la répartition industrielle des travaux résultant de tous les programmes de développement du lanceur Ariane entrepris par l'Agence. Les procédures seront détaillées dans la convention conclue entre l'Agence et Arianespace conformément aux dispositions du paragraphe II.2.

Le contractant antérieur pourra prendre à son compte la meilleure offre financière et bénéficiera de la priorité par rapport à toutes propositions industrielles équivalentes en prix, délai et qualité.

- III.4 Arianespace assumera la charge technique et financière de l'entretien des biens qui sont mis à sa disposition en application des paragraphes I.6 et II.4, de sorte qu'ils soient maintenus en bon état de fonctionnement opérationnel.

Arianespace pourra y apporter les modifications qu'elle juge nécessaires à ses activités après concertation avec les propriétaires. En l'absence d'accord, Arianespace pourra procéder à ces modifications en garantissant leur remise en l'état initial au moment de leur restitution. Les modalités de gestion et d'entretien des biens seront définies dans la convention entre l'Agence et Arianespace prévue au paragraphe II. 2.

- III.5 Arianespace devra réserver l'utilisation des droits accordés et des informations mises à sa disposition au titre des paragraphes I.6 et II.4 aux besoins de la production des lanceurs.

Les droits ou informations propriété de l'Agence ne pourront être fournis à des tiers qu'avec l'accord de l'Agence selon les dispositions de la Convention de l'ASE et de l'Arrangement Ariane.

Les droits et informations propriété d'un Participant ne pourront être fournis sans son accord préalable.

Arianespace doit s'engager à tenir l'Agence informée, dès que possible, de toute demande formelle de fourniture de produits et de connaissances (transfert de technologie) acquis au cours des programmes de développement Ariane, émanant de personnes et entités sous la juridiction d'États non membres de l'Agence ou d'organisations internationales et qui viendrait à sa connaissance au titre de ses activités de commercialisation. Arianespace devra s'engager à observer dans ses propres activités et à rappeler dans les contrats avec ses fournisseurs les procédures de l'Agence applicables aux transferts de technologie à l'extérieur des États membres de l'Agence ou qui découlent de l'Arrangement Ariane ou des textes régissant les programmes de développement Ariane, ainsi que tous autres accords internationaux pertinents qui sont en vigueur entre les Participants.

- III.6 Arianespace doit contribuer au financement des coûts associés à l'utilisation du Centre spatial guyanais (CSG), selon des conditions à définir dans les modalités visées au paragraphe I.8.

- III.7 Arianespace doit fournir à l'Agence et aux Participants, en priorité par rapport aux clients tiers, les services et créneaux de lancement nécessaires et ceci dans les conditions suivantes :

- l'Agence et les Participants communiquent à Arianespace leurs demandes de service au fur et à mesure de leurs besoins en ayant recours à des options gratuites ; en cas de conflit de priorité entre l'Agence et un Participant, l'Agence aura la priorité ;

- lorsqu'un client tiers demande une option payante ou désire passer un ordre ferme sur un créneau retenu gratuitement par l'Agence ou un Participant, ces derniers peuvent transformer leur option gratuite en option payante ou en ordre ferme et conserver leur priorité ;
- la convention entre l'Agence et Arianespace établira la clause standard qui devra figurer dans les contrats de vente de lancements et qui définira la procédure applicable en cas de glissement de créneau.

Ces questions feront l'objet de consultations entre l'Agence et Arianespace, dont la mise en œuvre sera définie dans la convention visée au paragraphe II.2.

III.8 Arianespace doit s'engager à apporter à l'Agence la visibilité dont cette dernière a besoin pour remplir le mandat qui lui est confié au chapitre II.

III.9 Arianespace doit s'engager, dans ses relations avec l'extérieur, avec ses clients et avec le public, au titre de ses responsabilités dans la commercialisation du lanceur, à souligner le caractère européen et multilatéral du développement et de la production du lanceur Ariane en rappelant, notamment sur les supports écrits ou audiovisuels, que les programmes de développement Ariane ont été assurés par l'Agence et en rappelant le rôle des Participants à la présente Déclaration dans ce développement.

III.10 En cas de recours intenté par les victimes de dommages causés par les lancements Ariane, Arianespace sera tenue de rembourser, dans la limite d'un plafond de 400 millions de Francs français par lancement, le gouvernement français appelé, au titre du paragraphe IV.1, à supporter la charge financière de la réparation de ces dommages.

III.11 Les Participants notent qu'Arianespace, au titre de ses responsabilités dans la production du lanceur, a entrepris sur ses moyens propres des travaux visant à améliorer la production et le produit. Les Participants invitent Arianespace et les industriels fournisseurs à poursuivre et intensifier leurs efforts. Arianespace impliquera le CNES, pour le compte de l'Agence, dans le processus des modifications comme il est prévu au paragraphe II.3.

III.12 Les Participants invitent Arianespace :

- a) à prendre connaissance de la présente Déclaration ;
- b) à négocier et à conclure avec l'Agence la convention visée au paragraphe II.2 ;
- c) à prendre toute mesure, dans le cadre des lois et règlements applicables, qui renforce le caractère européen de la société, et notamment à étudier et à rechercher activement par les moyens appropriés une transformation de la société en société européenne dès que les conditions

juridiques rendant possible une telle transformation seront réunies ; à veiller, dans toute la mesure du possible, à ce que sa structure, son organisation interne et son actionnariat reflètent les participations actuelles et à venir des gouvernements dans les programmes de développement du lanceur Ariane et dans les travaux à caractère récurrent qui en découlent ainsi que les besoins de la compétitivité d'Ariane.

IV. DISPOSITIONS DIVERSES

IV.1 En cas de recours intenté par les victimes de dommages causés par tout lancement Ariane conduit par Arianespace, le gouvernement français supportera la charge financière de la réparation de ces dommages.

IV.2 a) Prise d'effet

La présente Déclaration prend effet lorsque deux tiers des parties à la Déclaration de certains Gouvernements européens relative à la phase de production des lanceurs Ariane, entrée en vigueur le 21 mai 1992 et prolongée le 10 mai 1999, visée au préambule, ont notifié au Directeur général de l'Agence leur acceptation par écrit. Elle entre en vigueur pour les autres parties visées au préambule à la date de leur notification d'acceptation par écrit au Directeur général de l'Agence.

b) Adhésion

La présente Déclaration est ouverte à l'adhésion des États membres de l'Agence pour une durée de trois mois à compter de sa prise d'effet. Pendant ce délai, tout État membre de l'Agence peut y adhérer librement. Passé ce délai, toute demande d'adhésion devra être adressée au Directeur général de l'Agence et recueillir l'accord de l'ensemble des États ayant soit notifié leur acceptation au Directeur général de l'Agence conformément au paragraphe a) ci-dessus, soit adhéré à la date de ladite demande. La présente Déclaration entre en vigueur pour les États membres y adhérant 30 jours après la date de notification par ces États au Directeur général de l'Agence de l'accomplissement de leurs procédures internes d'acceptation ou d'approbation.

c) Durée

La présente Déclaration est applicable jusqu'à la fin de l'année 2006. Les dispositions de la présente Déclaration demeureront en vigueur en tant que de besoin au-delà de cette date pour permettre, le cas échéant, l'exécution des contrats de lancement conclus jusqu'à la fin de l'année 2006. Les Participants se consulteront en temps utile et au moins un an avant l'expiration de la Déclaration sur les conditions de son renouvellement.

d) Réexamen

Les Participants conviennent de se réunir à l'initiative d'un tiers des Participants ou du Directeur général aux fins d'examiner les dispositions de la présente Déclaration et leur mise en œuvre. Dans le cadre de ces examens, le Directeur général pourra présenter des propositions aux Participants pour amender le contenu de la présente Déclaration. Les amendements aux dispositions de la présente Déclaration sont adoptés à l'unanimité des Participants.

IV.3 Règlement des différends.

Tout différend entre deux ou plusieurs Participants au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Déclaration qui n'aurait pas été réglé par l'entremise du Conseil de l'Agence est réglé conformément aux dispositions de l'article XVII de la Convention de l'ASE.

Fait à Paris, le 7 juin 2001, en langues allemande, anglaise et française, tous ces textes faisant également foi, en un exemplaire original unique qui sera déposé dans les archives de l'Agence spatiale européenne, laquelle en délivrera des copies certifiées conformes à tous les Participants.

Vorblatt

Problem:

Mit der Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger wird die Übergabe der von den ESA-Mitgliedsstaaten (Teilnehmer an den Ariane Entwicklungsprogrammen) entwickelten Ariane-Träger an die Firma Arianespace, die den Vertrieb, die Vermarktung der Ariane-Träger im Rahmen der Produktionsphase und die dazu gehörigen Startdienste übernimmt, geregelt.

Lösung:

Mit der Teilnahme an der Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger würde Österreich gleiche Rechte auf dem Raumfahrtsektor (zB Kontrollrechte über Arianespace) wie alle übrigen Vertragsparteien genießen.

Alternativen:

Keine

Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:

Österreichische Firmen des Hochtechnologie-Bereiches erhalten regelmäßige Aufträge von Arianespace wodurch die technologische und wissenschaftliche Basis dieser Firmen gestärkt wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Teilnahme an dieser Erklärung erwachsen für Österreich keine zusätzlichen Kosten, da die Beiträge zum Raumfahrtzentrum CSG Kourou in Französisch Guayana dem von Österreich anteilig mitzufinanzierenden Allgemeinen Haushalt der ESA angegliedert sind (enthalten im finanzgesetzlichen Ansatz des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung 1/14187/7806).

Verhältnis zu den Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Die vorgesehenen Regelungen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Keine.

Erläuterungen

A. Allgemeiner Teil

Die Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger ist ein gesetzesezergänzender Staatsvertrag und bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Art. 50 Abs. 1 B-VG. Sie enthält keine verfassungsändernden oder verfassungsergänzenden Bestimmungen und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass ein Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Eine Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG ist nicht erforderlich, da keine Angelegenheiten des selbständigen Wirkungsbereichs der Länder geregelt werden.

Schon 1980 wurde von allen damaligen ESA-Mitgliedsstaaten als Bestandteil der europäischen Raumfahrtspolitik und Wettbewerbsfähigkeit eine multilaterale, zwischenstaatliche Vereinbarung (Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger) geschlossen, die die Beziehungen zwischen den Teilnehmern am Ariane-Entwicklungsprogramm, der ESA und der französischen privatrechtlichen Aktiengesellschaft Arianespace regelt. Dieser Gesellschaft ist die Produktion, Vermarktung und Abwicklung von Starttätigkeiten der von der ESA entwickelten Trägerrakete Ariane übertragen.

Österreich ist Mitglied der Europäischen Weltraumorganisation ESA, Teilnehmer am Entwicklungsprogramm Ariane 5 und Vertragspartei der bis Ende 2001 gültigen Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger (BGBl. Nr. 91/1994 idF BGBl. III Nr. 70/2001).

Die Regierungsvertreter der Vertragsparteien einschließlich der ESA-Mitgliedsstaaten Finnland und Portugal haben zur Verlängerung der mit Ende 2001 auslaufenden Erklärung am 7. Juni 2001 in Paris die vorliegende Erklärung angenommen, die gemäß Abs. IV.2 lit. c bis Ende 2006 befristet ist.

Ziele und Inhalte der Erklärung umfassen insbesondere im Teil I die Verpflichtung der Teilnehmer zur Verwendung der Ariane zu ausschließlich friedlichen Zwecken, bevorzugte Verwendung der Ariane-Trägerrakete, Regelungen über Verkäufe an ESA-Mitgliedsstaaten, Unterstützung von Arianespace, Finanzierung des Raumfahrtzentrums CSG Kourou in Französisch Guayana dem Grund nach sowie Konsultationsmechanismen.

Teil II der Erklärung umfasst die der ESA übertragenen Tätigkeiten und Kontrollrechte des ESA-Ariane-Programmrates über Arianespace sowie die von der ESA bereitzustellenden Unterlagen und Einrichtungen für einen optimalen Übergang von der Entwicklungs- in die Produktionsphase.

Teil III regelt die von Arianespace zu übernehmenden Verpflichtungen wie zB Einsatz für friedliche Zwecke, Wartung, Startdienste, Information, Vermarktung, europäischer Charakter der Gesellschaft und Schadenersatzbestimmungen.

Österreich genießt als Teilnehmer an der Erklärung neben dem Bekenntnis zur europäischen Solidarität auf dem Raumfahrtsektor gleiche individuelle und kollektive Rechte (zB Kontrollrechte über Ariane-space) wie alle übrigen Vertragsparteien.

Unmittelbare zusätzliche Kosten erwachsen dadurch für Österreich nicht, da die Beiträge zum Raumfahrtzentrum CSG Kourou in Französisch Guayana dem von Österreich anteilig mitzufinanzierenden Allgemeinen Haushalt der ESA angegliedert sind.

Gemäß Abs. IV.2 lit. a wird die vorliegende Erklärung wirksam, sobald zwei Drittel der Vertragsparteien ihre Annahme dem Generaldirektor der ESA notifiziert haben. Für die anderen Vertragsparteien tritt die Erklärung nach Vorliegen der schriftlichen Notifizierung in Kraft.

B. Besonderer Teil

I. Verpflichtungen der Teilnehmer

I.1 legt fest, dass die Produktionsphase des Trägers Ariane der Gesellschaft Arianespace S.A. mit eingetragenem Sitz in Evry (Essonne, Frankreich) übertragen wird.

I.2 weist darauf hin, dass der Träger Ariane weltweit zum Einsatz kommen soll, wobei allerdings klar auf die friedliche Verwendung – entsprechend der ESA-Konvention und den Regelungen der Vereinten Nationen – hingewiesen wird.

I.3 legt fest, dass diese Erklärung für alle Ariane-Träger (Ariane 4 und 5) gilt, wobei die Fertigungsunterlagen aus dem Entwicklungsprogramm der ESA als Grundlage dienen.

I.4 legt fest, dass die Europäische Weltraumbehörde ESA für ihre Programme und die Teilnehmerstaaten für nationale Programme der Verwendung des Trägers Ariane den Vorzug einräumen. Darüber hinaus sollen sich die Teilnehmerstaaten bemühen, auch bei relevanten internationalen Programmen die Benützung des Trägers Ariane zu unterstützen.

I.5 regelt die Verkäufe von Startdiensten an Kunden aus Nicht-Mitgliedsstaaten. Zur Überprüfung der Einhaltung aller Vorgaben (zB friedliche Nutzung) wird ein Verkaufskontrollausschuss bestehend aus je einem Vertreter der Teilnehmerstaaten eingesetzt. Die französische Regierung wird verpflichtet, die ordnungsgemäße Durchführung der vom Verkaufskontrollausschuss eventuell gefassten Verbotsbeschlüsse, die für Arianespace verbindlich sind, zu garantieren.

I.6 regelt die von den Teilnehmerstaaten an die Arianespace zu übergebenden Vorleistungen aus den Ariane Entwicklungsprogrammen.

I.7 und I.8 weisen auf die Unterstützung der Teilnehmerstaaten für industrielle Qualitätskontrolle und Preisprüfung hin sowie auf die Verpflichtung, sich an der Finanzierung des Raumfahrtzentrums Guayana (CSG Kourou) zu beteiligen.

I.9 und I.10 empfehlen Konsultationen der Teilnehmerstaaten im Falle besonderer Garantie- und Finanzierungsregelungen bzw. bei auftretenden technischen oder finanziellen Schwierigkeiten.

II. Auftrag an die Europäische Weltraumorganisation ESA

II.1 stellt sicher, dass die ESA die Einhaltung der Bestimmungen dieser Erklärung überwacht.

II.2 verpflichtet die ESA, mit Arianespace eine Vereinbarung zur Durchführung dieser Erklärung und zur Regelung ihrer Beziehungen, unter Berücksichtigung der ESA-Konvention, abzuschließen.

II.3 weist darauf hin, dass im Rahmen der Entwicklung des Ariane-Trägers die französische Weltraumbehörde CNES die Verantwortlichkeit für die Entwicklungsarbeiten (Entwurfsbehörde) übernommen hat und daher auch im Auftrag der ESA an notwendigen Änderungen beteiligt.

II.4 ermächtigt die ESA (entsprechend I.6), die aus dem Ariane-Entwicklungsprogramm stammenden und für die Produktion und den Start von Ariane erforderlichen Unterlagen unentgeltlich Arianespace zur Verfügung zu stellen.

II.5 fordert die ESA auf, Arianespace bei der Vermarktung, der industriellen Qualitätskontrolle und Preisprüfung zu unterstützen.

II.6 bezieht sich auf die Abstimmung von weiteren Trägerentwicklungen mit den Abschätzungen der Marktentwicklung für zukünftige Startdienste. Diese Überprüfungen sollen gemeinsam mit Arianespace durchgeführt werden.

II.7 und II.8 ermächtigen den Generaldirektor der ESA, die in II.2 definierte Durchführungsvereinbarung zwischen ESA und Arianespace zu erneuern, dem ESA-Rat zur Genehmigung vorzulegen und als Verwahrer dieser Erklärung zu wirken.

II.9 regelt die Aufgaben des Ariane-Programmrates, wie

- Prüfung und Empfehlung für die Aufteilung der Finanzierung des Raumfahrtzentrums Guayana,
- Überwachung der geographischen Verteilung der Produktionsarbeiten und
- Überprüfung des Jahresberichtes des Präsidenten von Arianespace.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben sind dem Ariane-Programmrat ua. folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen:

- Berichte über den Weltmarkt für Startdienste,
- Tätigkeitsbericht von Arianespace,
- Bericht des nach I.5 eingesetzten Verkaufskontrollausschusses.

II.10 ermöglicht es den ESA-Ratsdelegierten zur Anwendung dieser Erklärung Stellung zu nehmen.

III. Verpflichtungen für Arianespace

In diesem Artikel werden die von Arianespace zu übernehmenden Verpflichtungen beschrieben, die in die gemäß II.2 zu erstellende Vereinbarung zwischen ESA und Arianespace aufzunehmen sind. Die einzelnen Punkte sind im wesentlichen Wiederholungen der bereits in den Artikeln I und II angeführten Aufgaben und Verpflichtungen.

III.1 bezieht sich auf die friedliche Anwendung der Ariane-Träger und die Berücksichtigung der Beschlüsse des in I.5 genannten Verkaufskontrollausschusses.

III.2 stellt fest, dass die Hauptaufgabe von Arianespace in der Fertigung, der Vermarktung und dem Start des Ariane-Trägers bestehen muss.

III.3 regelt die Verteilung der Industriearbeiten in den Produktionsphasen, die in erster Linie aus den Arbeitsaufteilungen der Entwicklungsprogramme resultieren. Ausnahmeregelungen werden beschrieben und sind nur nach Rücksprache und Zustimmung der Teilnehmerstaaten vorzunehmen.

III.4 und III.5 beschreiben die technische und finanzielle Verantwortung von Arianespace für die Wartung und Verwaltung der gemäß I.6 und II.4 aus dem Entwicklungsprogramm übernommenen Fertigungsanlagen, Informationen und Rechte und beschränkt deren Nutzung ausschließlich auf die Produktion von Ariane-Trägern.

III.6 verpflichtet Arianespace, für die Benutzung des Raumfahrtzentrums Guayana ein entsprechendes Entgelt zu bezahlen, wodurch die Beiträge der Mitgliedsstaaten bei der Finanzierung von CSG Kourou verringert werden. Die Bedingungen werden im ESA-Ariane Programmrat festgelegt und vom ESA-Rat genehmigt.

III.7 regelt die Bevorzugung von ESA und Mitgliedsstaaten gegenüber Drittkunden bei der Zuteilung der Starttermine.

III.7 und III.9 verpflichten Arianespace, die ESA mit ausreichender Information zu versorgen und gegenüber der Öffentlichkeit den europäischen Charakter der Entwicklung und Produktion des Trägers Ariane hervorzuheben.

III.10 regelt Schadensersatzansprüche, wonach Arianespace verpflichtet wird, der französischen Regierung bis zu einem Höchstbetrag von 400 Mio FFrs je Start die Kosten zu ersetzen. Gegenüber den Geschädigten haftet gemäß IV.1 die französische Regierung.

III.11 fordert Arianespace auf, wie bisher auch in Zukunft eigene Mittel zur Verbesserung der Träger und der Produktionsverfahren einzusetzen.

III.12 fordert den Aufsichtsrat der Arianespace auf, diese Erklärung zur Kenntnis zu nehmen, eine Vereinbarung mit der ESA auszuhandeln und Möglichkeiten zu untersuchen, Arianespace sobald als möglich in eine europäische Gesellschaft umzuwandeln und die Aktienbeteiligungen den Beteiligungen der Mitgliedsstaaten an den Entwicklungsprogrammen bzw. der Arbeitsaufteilung anzupassen.

IV. Verschiedene Bestimmungen

IV.1 bestimmt, dass die französische Regierung die Kosten von Schadensersatzansprüchen als Folge von Arianestarts gegenüber den Geschädigten zur Gänze übernimmt (vgl. auch III.10).

IV.2 regelt das Wirksamwerden dieser Erklärung (nachdem $\frac{2}{3}$ der Vertragsparteien ihre Annahme schriftlich notifiziert haben), die Beitrittsmodalitäten neuer Mitgliedsstaaten (Finnland, Portugal), die Gültigkeitsdauer der Erklärung (bis Ende 2006) sowie die Überprüfungs- und Änderungsmodalitäten.

IV.3 bezieht sich auf die Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus Auslegung und Anwendung dieser Erklärung ergeben können.